

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 29. Oktober 1992

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bindig, Rudolf (SPD)	38	Kubatschka, Horst (SPD)	2, 37
Catenhusen, Wolf-Michael (SPD)	6, 7	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	29, 30
Duve, Freimut (SPD)	27, 28	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	10, 11
Erler, Gernot (SPD)	26, 41	Matthäus-Maier, Ingrid (SPD)	5
Ferner, Elke (SPD)	39, 40	Riegert, Klaus (CDU/CSU)	12, 13
Gansel, Norbert (SPD)	48, 49	Schütz, Dietmar (SPD)	14, 15
Harries, Klaus (CDU/CSU)	45	Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	1
Hiller, Reinhold (Lübeck) (SPD)	35, 36	Simm, Erika (SPD)	42, 43
Hilsberg, Stephan (SPD)	8, 9	Stiegler, Ludwig (SPD)	4, 16
Iwersen, Gabriele (SPD)	24, 25	Wallow, Hans (SPD)	46, 47
Jäger, Claus (CDU/CSU)	17, 44	Walter, Ralf (Cochem) (SPD)	33, 34
Jäger, Renate (SPD)	18, 19	Würfel, Uta (F.D.P.)	3
Dr. Knaape, Hans-Hinrich (SPD)	20, 21	Zapf, Uta (SPD)	31, 32
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	22, 23		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- | | |
|--|---|
| <p>1. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(PDS/Linke Liste)</p> | <p>Was tut die Bundesregierung dagegen, daß sich Wohnungseigentümer bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum auf zum Teil schon Jahre zurückliegende Eintragungen in das Grundbuch und die damalige Information der betreffenden Mieterinnen und Mieter berufen, um so die gesetzlichen Kündigungsfristen zu unterlaufen?</p> |
|--|---|

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|--|--|
| <p>2. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)</p> | <p>Welche Initiativen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe zukünftig zum Tragen von Sozialversicherungsausweisen bei der Arbeit zu verpflichten, um damit auch die illegalen Beschäftigungen in diesem Gewerbe einzudämmen?</p> |
| <p>3. Abgeordnete
Uta Würfel
(F.D.P.)</p> | <p>In Anbetracht der Tatsache, daß laut einer Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes des Saarlandes vom 26. Mai 1992 jeder 12. Einwohner im Saarland 1991 als schwerbehindert anerkannt war, wie sehen diese Zahlen in den anderen Bundesländern aus, und wie beurteilt die Bundesregierung den hohen Zahlenstand der Behinderten in der Bundesrepublik Deutschland?</p> |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit

- | | |
|---|---|
| <p>4. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)</p> | <p>Welche finanziellen Auswirkungen haben die Eckpunkte für den Entwurf eines Gesundheitsstrukturgesetzes auf die kommunalen Krankenhäuser?</p> |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordnete
**Ingrid
Matthäus-Maier**
(SPD)
- Trifft es zu, daß aus dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, das nach dem Bericht der Bundesregierung vom 29. Mai 1992 seinen Sitz in Bonn behalten soll, um hier u. a. den Politikbereich „Umwelt“ zu bilden, das Referat WA II 3 „Vermeidung und Verwertung schadstoffhaltiger Abfälle, Altölentsorgung“ ganz oder teilweise von Bonn nach Berlin verlagert wird, und wie läßt sich dies ggf. mit der ursprünglichen Konzeption der Bildung von Politikbereichen in Bonn vereinbaren?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

6. Abgeordneter
**Wolf-Michael
Catenhusen**
(SPD)
- Erwartet die Bundesregierung von dem am 15. Oktober 1992 im Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz zur Änderung von Förder Voraussetzungen im Arbeitsförderungsgesetz und in anderen Gesetzen Auswirkungen für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich von Forschung und Wissenschaft in den ostdeutschen Bundesländern, und wenn ja, welche?
7. Abgeordneter
**Wolf-Michael
Catenhusen**
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung infolge des Gesetzes Risiken für den Umstrukturierungsprozeß der Forschungslandschaft und für den Erhalt des – ohnehin durch Abwanderung ausgezehrten – wissenschaftlichen Potentials in den ostdeutschen Bundesländern?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

8. Abgeordneter
**Stephan
Hilsberg**
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt in den neuen Bundesländern für das kommende Jahr 1993/1994 ein, dies auch vor dem Hintergrund, daß die Sonderregelung im § 40c AFG zur Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze in den neuen Bundesländern Ende 1992 ausläuft?

9. Abgeordneter
**Stephan
Hilsberg**
(SPD)

Welchen Beitrag leistet die Bundesrepublik Deutschland bei der Ausgestaltung der Gipfelerklärung von Helsinki vom Juli 1992 in Kapitel VI „Die menschlichen Dimensionen“ Absatz (60) „Bildungswesen“ in Unterstützung der dem Europarat übertragenen Aufgabe, ein Seminar mit dem Titel „Bildungswesen, Strukturen, Grundsätze und Strategien“ zu veranstalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

10. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Was verdienen Parlamentarische Staatssekretäre und Minister der Bundesregierung, und womit ist die unterschiedliche Bezahlung gegenüber Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die in der Regel auch eine 100-Stunden-Woche ohne umfangreiches Zuträgerpersonal zu absolvieren haben, gerechtfertigt?

11. Abgeordneter
**Ortwin
Lowack**
(fraktionslos)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage von Oberstaatsanwalt Dr. Wolfram Klein vor dem 1. Untersuchungsausschuß, im Herbst 1983 seien die politischen Strafverfahren in der ehemaligen DDR im Zusammenhang mit dem Häftlingsfreikauf sprunghaft angestiegen, die Verurteilten seien durchweg willkürlich festgenommen und zu Freiheitsstrafen von über einem Jahr verurteilt worden, weil man sonst, wie es in einer Dienstbesprechung hieß, „den Freikauf nicht hinkriegt“?

12. Abgeordneter
**Klaus
Riegert**
(CDU/CSU)

Bis wann gedenkt die Bundesregierung das automatische Fingerabdruck-Identifizierungssystem (AFIS) einzuführen?

13. Abgeordneter
**Klaus
Riegert**
(CDU/CSU)

Welche Fingerabdrücke wird das System aufnehmen, und nach welchen Kriterien soll deren Abgleich erfolgen?

14. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz**
(SPD)

Wie begründet der Bundesminister des Innern die erhebliche zeitliche Verzögerung bei der Auswahl von 45 niedersächsischen Bewerbern für die Besetzung von Einzelentscheiderstellen (gemäß Kanzlerrunde am 10. Oktober 1991), obwohl die

dem Bund vom Land Niedersachsen übermittelten Bewerbungen bereits allesamt sowohl nach laufbahnrechtlichen Kriterien als auch im Hinblick auf das Anforderungsprofil überprüft und als geeignet bewertet worden waren und deshalb außer einem Einstellungsgespräch keine weiteren Prüfungen nötig waren?

15. Abgeordneter
**Dietmar
Schütz**
(SPD)

Warum hat der Bundesminister des Innern dem Land Niedersachsen trotz Nachfrage bis heute nicht mitgeteilt, wer die 45 Bewerber sind, die als Einzelentscheider beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge eingestellt werden sollen, obwohl das Land mehrfach seine Bebereitschaft erklärt hat, sich bei Landkreisen, Bezirksregierungen etc. um eine vorzeitige Freistellung der Bewerber für das Bundesamt zu bemühen?

16. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

Wie ist der derzeitige Stand der Besetzung der Entscheiderstellen beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, und bis wann ist nach der bisherigen Entwicklung eine volle Besetzung aller Entscheiderstellen zu erwarten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

17. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)

Welche finanziellen Leistungen zum Aufbau in den neuen Bundesländern haben die alten Bundesländer in direkten Finanzaufweisungen, Sachleistungen und personellen Unterstützungen im Jahr 1991 erbracht, und wie verteilen sich diese Leistungen auf die einzelnen alten Bundesländer – ausgenommen Berlin?

18. Abgeordnete
**Renate
Jäger**
(SPD)

Bestätigt die Bundesregierung die in der Sächsischen Zeitung vom 17. September 1992 veröffentlichten Aussage des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Dr. Kurt Biedenkopf, nach der der Bundeskanzler per Anordnung die Grundstückspolitik des Bundes ändern wolle, um den östlichen Bundesländern schneller wieder jene Grundstücke zu geben, auf die historische Ansprüche bestünden, und wenn ja, um welche Grundstücke handelt es sich dabei?

19. Abgeordnete
**Renate
Jäger**
(SPD)
- Auf welcher Rechtsgrundlage soll die erwähnte Anordnung ergehen?
20. Abgeordneter
**Dr. Hans-Hinrich
Knaape**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, daß die Privatisierung der Märkischen Faser AG Premnitz durch die Treuhandanstalt 1991 wesentlich dadurch mitbestimmt wurde, daß sich die Treuhandanstalt ihrer Verpflichtungen bei der Gesamtvollstreckung des Werkes in der strukturschwachen Region Premnitz-Rathenow entziehen wollte?
21. Abgeordneter
**Dr. Hans-Hinrich
Knaape**
(SPD)
- Was veranlaßte das Bundesministerium der Finanzen in der Broschüre mit dem Titel „Mehr Markt – Weniger Staat“ von 1991, die Sanierung der Märkischen Faser AG Premnitz durch die Treuhandanstalt als Musterbeispiel anzugeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

22. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Erich Riedl, daß die „deutsche Öffentlichkeit“ sich die Diskussion über die geplante und schließlich abgesagte Gedenkstunde in Peenemünde hat „von außen aufdrängen lassen“, wie er in einem Leserbrief in der „FAZ“ schreibt?
23. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
- Trifft die Darstellung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Erich Riedl in der Fragestunde vom 7. Oktober 1992 zu, daß seine Aufgabe als Parlamentarischer Staatssekretär nicht in Zusammenhang mit seinen Aufgaben als Koordinator für die deutsche Luft- und Raumfahrt steht, da er diese Aufgabe als selbständigen Auftrag durch das Bundeskabinett erhalten habe?
24. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen**
(SPD)
- Zu welchem Zeitpunkt ist mit der Vorlage eines industriepolitischen Gesamtkonzeptes für die deutsche Schiffbauindustrie durch die Bundesregierung zu rechnen, und wie weit wird dabei der bereits erkennbare Verlust an Werftarbeitsplätzen in den alten Bundesländern festgeschrieben?

25. Abgeordnete
**Gabriele
Iwersen**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bewußt, daß die unklare Situation in bezug auf die Wettbewerbshilfe für die deutsche Schiffbauindustrie dazu führt, daß z. Z. keine verbindlichen Angebote für den Neubau von Schiffen abgegeben werden können und damit den Werften die Grundlage, neue Aufträge zu bekommen, entzogen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

26. Abgeordneter
**Gernot
Erlor**
(SPD)

In welcher Weise ist bisher die Bevölkerung in den neuen Bundesländern über den Umfang und Charakter militärischer Flugübungen über diesen Teil Deutschlands sowie über die Möglichkeiten, Nachfragen oder Beschwerden vorzutragen, unterrichtet worden?

27. Abgeordneter
**Freimut
Düve**
(SPD)

Wann und in welcher Form hat sich die Bundesregierung über Berichte informieren lassen, denen zufolge der Kommandierende General und Befehlshaber im Territorialkommando Ost, Werner von Scheven, in einem Brief an den Bürgermeister von Rheinsberg gegen eine Tucholsky-Ausstellung in Schloß Rheinsberg und deren Autoren polemisiert hat?

28. Abgeordneter
**Freimut
Düve**
(SPD)

Falls dieser Brief auf einem Bogen mit Briefkopf der Bundeswehr abgesandt worden ist, frage ich die Bundesregierung, gibt es Anweisungen, die den Mißbrauch der Amtsrolle von Bundeswehrgeneralen für das Äußern privater Meinungen regeln und gegebenenfalls ahnden?

29. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard-Schmid**
(SPD)

Welche Kenntnis besitzt die Bundesregierung über die Standorte der US-Stationierungsstreitkräfte, die von den angekündigten, über die bisher bekannten Pläne hinausgehenden Truppenreduzierungsmaßnahmen im Falle eines Wahlsieges des amerikanischen Präsidentschaftsbewerbers Bill Clinton betroffen sein werden, sowie über die Folgen für die dort tätigen deutschen Zivilbeschäftigten?

30. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard-Schmid**
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Kenntnis über die Standorte der US-Stationierungstreitkräfte, die von den angekündigten, über die bisher bekannten Pläne hinausgehenden Truppenreduzierungsmaßnahmen im Falle eines Wahlsieges des amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Bill Clinton betroffen sein werden, sowie über die Folgen für die dort tätigen deutschen Zivilbeschäftigten zu erhalten?
31. Abgeordnete
**Uta
Zapf**
(SPD)
- An welchen Standorten haben ausländische Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland wie viele Flugzeuge und Hubschrauber – Angaben aufgeschlüsselt nach Typen – stationiert?
32. Abgeordnete
**Uta
Zapf**
(SPD)
- Welche Kontingente dieser Flugzeuge und Hubschrauber werden abgezogen?
33. Abgeordneter
**Ralf
Walter
(Cochem)**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, nach denen eine Fernmeldeeinheit der Bundeswehr aus dem Zuständigkeitsbereich der Wehrbereichsverwaltung IV ohne UNO-Auftrag auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien stationiert ist?
34. Abgeordneter
**Ralf
Walter
(Cochem)**
(SPD)
- Wenn ja, welchen Status und welchen personellen Umfang hat diese Einheit?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

35. Abgeordneter
**Reinhold
Hiller
(Lübeck)**
(SPD)
- Welche Maßnahmen und Investitionen wären notwendig, um die bisherigen Fahrzeiten für die Eilzüge auf der Strecke Hamburg – Lübeck zu halten?
36. Abgeordneter
**Reinhold
Hiller
(Lübeck)**
(SPD)
- Wann ist die Deutsche Bundesbahn bereit, den von ihr auf dieser Strecke eingesetzten völlig veralteten Wagenpark („Silberlinge“) auszutauschen und moderne Waggons einzusetzen?

37. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Ist es richtig, daß die Bundesregierung dem Vorsitzenden der Vorstände Deutsche Bundesbahn/Deutsche Reichsbahn, Heinz Dürr, keinerlei Entscheidungskompetenzen einräumt, und er deshalb wegen jeder Kleinigkeit rückfragen muß?
38. Abgeordneter
Rudolf Bindig
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß mit viel Engagement von kommunalen Trägern gestartete, erste Modelle zur Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV), wie zum Beispiel die Bodensee-Oberschwaben-Bahn (BOB), deshalb in ihren Finanzkalkulationen deutlich behindert werden, daß es bei der Deutschen Bundesbahn (DB) offensichtlich niemand gibt, der die Zuständigkeit, Kompetenz oder den Mut hat, eine Entscheidung darüber zu fällen, was der Streckenkilometer für einmaliges Überfahren einer bestehenden DB-Ferngleisstrecke mit einem Nahverkehrstriebwagen kostet, und steht die DB zur Aussage ihres Vorstandsvorsitzenden, Heinz Dürr, der – auf einer Veranstaltung in Friedrichshafen auf diese langandauernde Entscheidungsunfähigkeit der DB angesprochen – ausgesagt hat, daß die Betreiber von Regionalbahnen davon ausgehen könnten, daß sie die DB-Schienenstrecken solange kostenlos benutzen können, bis die DB sich später einmal entscheidet?
39. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Welche Kriterien haben für die Entscheidung der Deutschen Bundesbahn im Restrukturierungsplan das Güterwagenausbesserungswerk Saarbrücken-Burbach zu schließen und statt dessen das Ausbesserungswerk Kaiserslautern zu erhalten eine Rolle gespielt?
40. Abgeordnete
Elke Ferner
(SPD)
- Welchen Einfluß hat die Bundesregierung, insbesondere das Bundesministerium für Verkehr, bei dieser Entscheidung geltend gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Post und Telekommunikation

41. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- In welchem Umfang ist inzwischen eine Ausdehnung des „gebührenfreien Telefons“ (0130-Service) auf die neuen Bundesländer erfolgt und dadurch auch eine kostenfreie Befragung des

Luftwaffenamtes zu militärischen Flugbewegungen ermöglicht, wie es mir die Bundesregierung in einer schriftlichen Beantwortung von mündlichen Fragen im Verteidigungsausschuß am 24. April 1992 in Aussicht gestellt hat?

42. Abgeordnete
**Erika
Simm**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im BTX-Programm der Deutschen Bundespost TELEKOM nach wie vor Kinderpornographie sowie Kinder zur Prostitution angeboten werden?

43. Abgeordnete
**Erika
Simm**
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, derartige Angebote, weil sie über eine von der Deutschen Bundespost TELEKOM zur Verfügung gestellte Technik erfolgen, zu unterbinden, wenn ja, durch welche Maßnahmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

44. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das derzeit bestehende Waffen-Embargo gegen Jugoslawien einseitig die Bosnier als die Opfer der serbischen Aggression benachteiligt und die Serben nicht daran hindert, sich mit immer neuen Waffen und Treibstoff zu versorgen, und wird die Bundesregierung angesichts dieser Situation für eine Begrenzung des Embargos auf Rest-Jugoslawien eintreten?

45. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung inzwischen die Möglichkeit, mit Rußland und anderen in Frage kommenden GUS-Staaten zu einer einvernehmlichen Regelung über die Rückgabe von deutschen Kunstwerken zu kommen?

46. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)

Hat sich die Einschätzung der Lage in der Türkei seitens der Bundesregierung gegenüber dem 7. Oktober 1992 geändert, als sie in ihrer Antwort auf meine Frage mitteilte, daß sie keinen Anlaß sehe, an der Einhaltung des von der türkischen Regierung wiederholt gemachten Versprechens zu zweifeln, zumal nun auch „amnesty international“ feststellt, „daß türkische Sicherheitskräfte weiterhin mit deutschen Waffen Zivilisten töten und verletzen“, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem ai-Bericht, insbesondere im Hinblick auf weitere Waffenlieferungen (wie z. B. die geplante Lieferung von 46 Phantom-Kampfflugzeugen) an die Türkei?

- | | |
|--|---|
| 47. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Wenn nein, ist dann die Schlußfolgerung richtig, daß die Bundesregierung die Richtigkeit der Berichterstattung von „amnesty international“ anzweifelt? |
| 48. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD) | Wann ist die Bundesregierung über die Offensive türkischer Truppenteile zur Bekämpfung der PKK in das irakische Territorium hinein informiert worden, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Aktion im Zusammenhang mit ihren Waffenlieferungen an die Türkei? |
| 49. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD) | Gibt es Voranfragen der Rüstungsindustrie und gibt es Überlegungen in der Bundesregierung, den Export von Kriegsschiffen nach Taiwan zu genehmigen? |

Bonn, den 23. Oktober 1992